

**„Die Akten gehören uns!“
Symposium „35 Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetze –
Rechtliche Perspektiven zur Förderung der Aufarbeitung“**

**26. November 2025, 13.00-19.00 Uhr
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Hallischer Saal, Burse zur Tulpe,
Universitätsring 5, 06108 Halle (Saale)**

Der Umgang mit dem brisanten Erbe der Staatssicherheit gehörte in der Endphase der DDR zu den umstrittensten Themen. Viele, darunter ehemalige Stasi-Mitarbeiter, aber auch der letzte DDR-Innenminister Peter-Michael Diestel, plädierten für eine Vernichtung der Akten. Bundeskanzler Helmut Kohl und Innenminister Wolfgang Schäuble befürworteten anfangs ebenfalls eine Schließung des Aktenzugangs. Doch viele Vertreter der Bürgerbewegung bestanden auf Transparenz, auf das Recht der von der Stasi Ausgespähnten auf Einsicht in die eigene Akte und auf die Offenlegung, wer hauptamtlich oder inoffiziell für den DDR-Geheimdienst tätig war. Das von der freigewählten DDR-Volkskammer am 25. August 1990 verabschiedete Stasi-Unterlagen-Gesetz war deshalb ein Meilenstein in der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Es regelte den Zugang zu den Stasi-Akten für Bürger, Wissenschaftler, Medien und Behörden. Das Gesetz diente später auch anderen Staaten des früheren Ostblocks als Vorbild. In den Einigungsvertrag fand es hingegen zunächst keinen Eingang. Erst nachdem Vertreter der Bürgerbewegung mit dem Ruf „Die Akten gehören uns!“ im September 1990 erneut die Stasi-Zentrale besetzten und in den Hungerstreik traten, wurde der Einigungsvertrag entsprechend ergänzt. Am 20. Dezember 1991 beschloss der Deutsche Bundestag, basierend auf dem Volkskammer-Gesetz, die Aktenzugangsregelung, die noch heute weitgehend in Kraft ist.

„35 Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetze – Rechtliche Perspektiven zur Förderung der Aufarbeitung“ ist der Titel eines Symposiums, das der Aufarbeitungsbeauftragte in Kooperation mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) am 26. November 2025 von 13.00 bis 19.00 Uhr in der Universität Halle, Universitätsring 5, 06108 Halle durchführt. Fachleute diskutieren die historische Entwicklung der Stasi-Unterlagen-Gesetze von 1990 bis heute und die Probleme des Umgangs mit dem brisanten Aktenmaterial im Spannungsfeld von Datenschutz, Persönlichkeitsrechten, Forschungsfreiheit und Aufarbeitung. Die Veranstaltung ist kostenfrei und für alle Interessierte offen. Anmeldung bitte unter 0391 / 560-1519 oder unter veranstaltung@lza.lt.sachsen-anhalt.de